

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 443

Mittwoch, 9. September 2009

15. Jahrgang

## „Das private Mediensystem dient dem Machtmissbrauch“

Inforpress Centroamericana, eine wöchentlich erscheinende politische und ökonomische Analyse zur Lage in Guatemala und Zentralamerika, feiert seinen 37. Geburtstag. Das ist zwar kein runder Geburtstag, aber wer sich überlegt, was vor 37 Jahren in Guatemala los war (Militärdiktatur und einsetzende Massaker), wer weiss, dass es sich um ein regierungskritisches Medium handelt, der wird es für ein kleines Wunder halten, dass Inforpress die ganze Zeit über erschienen ist.

Das Interview mit Gustavo Porras, einem der hellstehendsten Intellektuellen des heutigen Guatemalas, Journalist bei Inforpress Ende der 70er Jahre, später kurzzeitig bei „Siglo XXI“, ansonsten Revolutionär, Radfahrer und Mitautor des Friedensabkommens von 1996, schlägt den Bogen von der Zeit der 70er Jahre zu einer kritischen Analyse des heutigen Mediensystems in Guatemala.

*Frage:* Welche Bedeutung hatte das Auftauchen von Inforpress in der guatemalteckischen Medienwelt?

*Gustavo Porras:* Die Zeit, in der ich für Inforpress gearbeitet habe, war die Zeit der schärfsten Auseinandersetzungen in der Geschichte Zentralamerikas: der Sieg der Sandinistischen Revolution, die Offensive in El Salvador, die Situation in Guatemala ... Das alles war verbunden mit einer massiven Einschränkung der Verbreitung von Meinungen und Informationen über die Geschehnisse. Trotz aller Freiheitsbeschränkungen schuf Inforpress einen Raum für Informationen, die progressive Gedanken transportierten, für Tendenzen, die auf Veränderungen gerichtet waren oder einfach die Dinge hinterfragten. Über welche Dinge man auch immer schrieb, grundlegend bei dieser Arbeit war, dass Informationen und Inhalt nicht getrennt wurden. Auf diese Weise konnte Inforpress auch in Zeiten aufrecht erhalten werden, in denen wir als subversive Organisation disqualifiziert wurden (z.B. in geheimen Dokumenten, die später in den USA veröffentlicht wurden).

*Frage:* Inforpress wurde also nicht als eine gefährliche Publikation angesehen, sondern als ein Minderheitenmedium, das keinen Schaden anrichten kann?

*G.P.:* Auch wenn Inforpress keine Massenpublikation ist, so erreicht sie doch die politische, wirtschaftliche und diplomatische Elite in der Region und übt dadurch einen Einfluss aus. Diese Tatsache verpflichtete die Militärregierungen dazu, eine Balance zu finden zwischen dem, was sie uns erlaubten zu verbreiten, und der Unterdrückung einer Publikation mit der Anzahl von AbonnentInnen und der Qualität von Inforpress.

*Frage:* In Guatemala hat es nie ein offizielles Zensursystem gegeben, aber trotzdem keine Pressefreiheit. Wie lebte es sich in diesem Zwiespalt?

*G.P.:* In den Medien gab es eine Kumpanei mit den Militärregimes. Die Presse hielt zwar die Erinnerungen an JournalistInnen wach, die in der Zeit des Terrors ermordet wurden. Allerdings verschwiegen sie, dass diese nicht in ihrer Rolle als MedienvertreterInnen ermordet wurden, sondern weil sie zu den revolutionären Militanten gehörten. Die Medien - mit Ausnahme des „Gráfico“, der sehr viel über die Massaker berichtete - schwiegen darüber. Warum sollte es also Repression gegen sie geben, wenn sie das Spielchen sowieso mitspielten? Die Medien sind im allgemeinen ein konstitutiver Teil des Systems, und dieses wird von den Militärs verteidigt. Zu gewissen Themen wurde einfach Distanz gehalten: So war Inforpress z.B. damals das einzige Medium, das titelte „Der Triumph der Sandinistas in Nicaragua“; alle anderen benutzten andere Wendungen, weil sie mit solchen Ideen nicht sympathisierten.

Frage: Inforpress entwickelte sich aus der Idee heraus, der Öffentlichkeit gute journalistische Arbeit zu bieten. Manchmal scheint es aber, dass die Leute die Tageszeitungen kaufen, nicht weil sie die Wahrheit erfahren wollen, sondern weil sie ihrer Ideologie nahesteht.

G.P.: Die Medien hier und überall verkaufen Sensationsjournalismus. Die einzige Zeitung, die aufgrund einer ideologischen Identifikation gekauft wird, ist „La Hora“. Der Grossteil der 160,000 Exemplare, die „Prensa Libre“ verkauft, kaufen die Leute, um etwas darin einzuwickeln, weil es die billigste Möglichkeit ist, an Papier zu kommen. In diesem Land hat es nie eine Medienvielfalt gegeben. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Zeitungen sind graduell und nur für eine intellektuelle Elite wahrnehmbar.

Frage: Hat das Erscheinen von „elPeriódico“ da keine Neuerungen gebracht?

G.P.: Doch, aber es ist nichts Ideologisches. „elPeriódico“ bietet qualitativ hochwertigere Informationen an. Es ist ein modernes Medium, das bessere Grafiken hat und interessante KolumnistInnen. Ohne Zweifel ist es ein Medium für akademische Zirkel und Intellektuelle, aber im Hinblick auf die Offenheit für unterschiedlichste Meinungen ist es nicht viel anders als beispielsweise „Siglo XXI“.

Frage: Sie haben einmal gesagt, dass die Oligarchie heute nicht mehr so offensichtlich existiert wie früher. Hat sich diese veränderte Machtverteilung in der Gesellschaft auch in den Medien niedergeschlagen?

G.P.: Es gibt sicher Nuancen in den Positionen der Chefredakteure der drei grossen Tageszeitungen „Prensa Libre“, „elPeriódico“ und „Siglo XXI“, aber ich glaube, dass sie sich im Grunde einig sind. Sie unterstützen alle die Ideologie der guatemaltekischen Bourgeoisie. Wenn man die Medien nach diesem Gesichtspunkt analysiert, disqualifizieren alle die öffentlichen Institutionen von A bis Z sowie Politikansätze, die eine Priorität auf die Ärmsten legen. In den Schlüsselfragen der nationalen Themen gibt es in den Printmedien keinerlei Unterschiede.

Frage: Ist die Aggressivität der Printmedien gegenüber der aktuellen Regierung ein Beweis dafür, dass diese konservativer ist als die Gesellschaft insgesamt?

G.P.: Die Medien haben die Regierung Berger mit Samthandschuhen angefasst. Und jetzt schlagen sie auf Doña Sandra (Ehefrau des Präsidenten Colom) ein, sie habe als First Lady kein Recht, andere Aufgaben zu übernehmen. Wir sind hier sehr weit von einem Staat entfernt, der in grösserem Masse in die Wirtschaft eingreifen könnte. Aber trotzdem tun die Medien so, als wenn es so wäre: sie reagieren massiv gegen die Idee von höheren Staatsausgaben. Ich glaube, dass es kein Land auf der Welt gibt, in dem gesagt wird, dass man in Krisenzeiten die öffentlichen Ausgaben reduzieren muss. Nur hier tun sie das. Die sind so fundamentalistisch, dass sie nicht einmal pragmatisch sein können. Ihre Obsession für die Orthodoxie liegt vor allem darin, den Staat marginal zu halten, und obwohl man mit Zahlen belegen kann, dass das Programm „Mi Familia Progresá“ den lokalen Konsum erhöht hat, wollen sie davon nichts wissen, weil es „chavismo“ ist ... Dieser ganze ideologische Ballast wird in den Morgenzeitungen wiedergekaut - und zwar dort, wo man am meisten beeinflussen kann: in den Überschriften. Denn die Mehrzahl der Leute liest nur die Überschriften.

Frage: Aber Wochenzeitungen sind doch häufig gescheitert ...

G.P.: Wir müssen da die paradigmatischen Fälle anschauen, z.B. „Crónica“, eine Zeitschrift, die in einem Ambiente der Öffnung und beginnenden Modernität in Guatemala entstand. Wovon lebte sie? Von der Werbung, weil diese merkte, dass einige Medien, auch wenn sie nur eine Minderheit bedienen, ein elitäres Publikum haben und damit genau jene, die für ihre Werbebotschaften geeignet sind.

Frage: Wie sehen Sie das Geschäft mit dem Sensationsjournalismus und den „Blutigen Nachrichten“?

G.P.: Die Boulevard-Blätter sind überall auf der Welt die am meisten verkauften Medien. Hier konstruieren die Medien ein Bild von Verbrechensraten, das sicher höher ist als das tatsächliche Niveau. Diese Verbrechen dienen ihnen als Rechtfertigung, dass sie das veröffentlichen, was die Leute lesen wollen. Und das ist sogar wahr, aber angesichts dieser Realität gibt es zwei Strategien: Entweder sich an diesen Interessen der Leute ergötzen und sie gutheissen, oder allmählich das Niveau der LeserInnen anzuheben. Rubén Zamora sagte mir, als wir bei „Siglo XXI“ zusammenarbeiteten, sinngemäss folgendes: „Wir wissen, dass der Sensationsjournalismus, den wir brauchen, um unsere Zeitung zu verkaufen, Vorurteile bedient.“

Frage: Zeigt die „blutige Nachricht“ neben der Tatsache, dass es ein gutes Geschäft ist, nicht auch etwas tiefer liegendes, nämlich die Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod?

G.P.: Man muss nicht Salomon sein, um zu wissen, dass, wer den Tod mit hängender Zunge auf dem Titelblatt bringt, mehr Blätter verkauft. Diese Erkenntnis bringt uns aber nicht zum eigentlichen Problem: dass das privatwirtschaftliche Mediensystem ein Missbrauch der Macht ist und eine fehlende Regulation eines unermesslichen Gemeingutes. Die Medien haben die Macht über nichts geringeres als den Geist und die Wesensart der Bevölkerung. Es ist die absoluteste und strafloseste Macht, die es auf dieser Erde geben kann.

Frage: Die Regierung Colom hat versucht, die Regierungsmedien zu stärken. War das ein gutes Ziel?

G.P.: Die Presse sollte darüber informieren, was die Regierung tut, schon aus Respekt vor den LeserInnen. Dies trägt dazu bei, die Politik und das Bewusstsein der BürgerInnen zu bereichern. Aber auch das geschieht nicht. Früher haben die Abgeordneten im Parlament das Wort ergriffen, und zwar nicht, um sich für oder gegen eine Gesetzesinitiative zu positionieren (weil dies hinter dem Rücken der Öffentlichkeit geregelt wird), sondern um die Kommunikation mit den LeserInnen aufrechtzuerhalten. Aber die Medien veröffentlichten niemals ein Wort, womit diese Praxis verschwand. Die Presse veröffentlicht nur, wenn ein Abgeordneter gerade ein Sandwich isst, um zu sagen, dass er ein Arschloch ist.

Frage: Finden Sie, dass der (offizielles Organ der Regierung, die Red.) eine gute Arbeit macht?

G.P.: Ja. Das "Diario de Centroamérica" hat zwar nicht die Auflage eines "Nuestro Diario" oder einer "Prensa Libre", aber sie kann ein ausgleichendes Element sein. Aber: wie soll man das aufrechterhalten, wenn es noch nicht mal Geld für ein normales Funktionieren des Staates gibt?

## Hunde, die heulen, können auch beißen

**Guatemala, 16. Aug.** Am 6. August 2009 wurde der Journalist und Verleger Raúl Arturo Figueroa Sarti in der Hauptstadt wegen angeblich unerlaubter Nutzung eines Fotos auf dem Umschlag eines seiner Bücher zu einem Jahr Haft verurteilt, obwohl in dem Buch ein Hinweis auf den Fotografen zu finden ist. Der Fotograf, Mardo Escobar, arbeitet übrigens als Angestellter jener Kammer, die Sarti verurteilt hat. Sarti gehört der Verlag F&G, er arbeitet u.a. mit der Stiftung Myrna Mack zusammen und ist im Menschenrechtsbereich aktiv. Er hat den am meisten verbreiteten Kommentar zum guatemaltekischen Strafgesetzbuch geschrieben. Er hat sich der Förderung des Lesens verschrieben, war Präsident der Buchhändler-Gilde und Gründer der guatemaltekischen Buchmesse Filgua. Und in Guatemala sind sich alle Medien, alle SchriftstellerInnen (auch internationale wie Noam Chomsky oder José Saramago) einig: Ein absurdes Urteil, lasst Sarti frei – und – so Jaime Barrios Carrillo von „Siglo XXI“ – steckt die Richter und den Fotografen hinter Gitter. „Publizieren und Lesen trafen immer auf Hindernisse in Guatemala“, schreibt Carrillo. Er meint dies im Sinne von freier Meinungsäußerung, aber auch im Sinne von staatlichen Steuern auf Buchimporte. (Die von Porras angesprochene Staatsfeindlichkeit scheint also auch hier ein wenig durch.) Im weiteren Verlauf seines Artikels vergleicht Carrillo das Verhalten des Fotografen Escobar und derer, die hinter ihm stehen, mit demjenigen einer *mara*, die straflos UnternehmerInnen oder Busfahrer erpresst. Sie bringen ihre Schäfchen ins Trockene, indem sie BürgerInnen ungerechtfertigterweise vor Gericht zerren, geschützt und unterstützt von FunktionärInnen des Justizsystems. Was genau hinter diesem Justizskandal steckt, ist unklar, ja mysteriös. So mysteriös vielleicht wie der Hund, der auf dem Foto zu sehen ist, welches Gegenstand des Verfahrens ist. Der Hund heult. Offenbar hat er jedoch auch zugebissen, um einen in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Mann einzuschüchtern. Die Solidarität mit Sarti ist gross. Meist bewirken solche Solidaritätsbekundungen, dass ein Hauch von Gerechtigkeit in Guatemala wehen kann. Und die Medien sollten sich öfter daran erinnern, dass sie etwas dazu beitragen können.

## Die Finca Nueva Linda – 5 Jahre Unklarheit

**Guatemala, 31. Aug.** Fünf Jahre nach der gewalttätigen Vertreibung der BäuerInnen der Finca Nueva Linda im Department Retalhuleu durch die zivile Nationalpolizei und das Militär, herrscht noch immer Straflosigkeit bezüglich der 2004 begangenen Verbrechen. Es starben damals zehn BäuerInnen und drei Polizisten. Das Büro des Menschenrechtsprokurats (PDH) signalisierte, dass es klare Indizien gibt, die auf aussergerichtliche Hinrichtungen einiger der getöteten Personen schliessen lassen. Auch verschwand 2003 ein Anführer der Gemeinde, Héctor Reyes. Er wurde entführt und sein Verbleib ist bis heute ungeklärt. Um dies nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, marschierten 500 friedliche BäuerInnen und Mitglieder der Koordination der nationalen Indígena- und BäuerInnenorganisationen (CONIC) in der Hauptstadt zum Kongressgebäude, wo sie sich mit RepräsentantInnen der Regierung, des Kongresses selber und des Landwirtschaftssekretariats trafen und die Ermittlung der damaligen Geschehnisse forderten.

Internationale Menschenrechtsorganisationen drückten ebenfalls ihre Besorgnis aus, da verschiedene BäuerInnen weiterhin eingeschüchtert und bedroht werden. Die über 570 Familien, die seit mehr als fünf Jahren in ungeklärten Landbesitzverhältnissen am Strassenrand neben der Finca Nueva Linda leben, haben schon mehrere Räumungen erlebt, es wurde ihnen jedoch von Seiten der Regierung noch keine Lösung des Problems angeboten.

## **Historisches Urteil – das erste für erzwungenes Verschwinden in Guatemala**

**Guatemala, 1. Sept.** Der Ex- Militärkommissionär Felipe Cusanero Coj, verantwortlich für das erzwungene Verschwinden von sechs Personen in Choatalum, Chimaltenango (siehe ¡Fijáte! 441), wurde für schuldig erklärt und zu 25 Jahren Haft pro verschwendener Person verurteilt, also insgesamt zu 150 Jahren.

Das Urteil bekräftigt damit, dass das erzwungene Verschwinden ein permanentes und andauerndes Delikt ist und stärkt die Aussagekraft der vorgebrachten Beweise: ZeugInnenaussagen von Familienangehörigen, anthropologische und forensische Berichte, die Werke *Guatemala – Nie wieder* und *Memorias del Silencio* und andere Darlegungen.

Ausserdem entschied das Gericht, dass während des Prozesses genannte und in den Fall verwickelte Personen ebenfalls von der Staatsanwaltschaft untersucht werden müssen.

Dies ist ein Präzedenzfall, der nun vielen Familienangehörigen von Verschwunden aus der Zeit des internen bewaffneten Konflikts die Hoffnung gibt, selber Gerechtigkeit zu erfahren.

## **Sexuelle Vielfalt in Guatemala – Straflosigkeit und Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen**

**Guatemala, 1. Sept.** Jorge López, Direktor der Organisation zur Unterstützung einer integralen Sexualität ohne Aids (OASIS), und Zulma, Mitglied dieser Organisation, die für die Menschenrechte von lesbischen, schwulen, transgender, bisexuellen und transsexuellen Personen und gegen die Verbreitung sexueller Krankheiten kämpft, besuchten im Oktober 2008 im Rahmen einer von Peace Brigades International (pbi) begleiteten Tour Europa und berichteten von ihren Erlebnissen von Gewalt und Diskriminierung in Guatemala (siehe ¡Fijáte! 422).

Heute, fast ein Jahr später, wartet Zulma noch immer auf strafrechtliche Ermittlungen und einen Gerichtsprozess im Fall der Ermordung von Paulina, ihrer transsexuellen Arbeitskollegin, die 2005 von vermutlich vier Polizisten exekutiert wurde. Zulma selbst wurde dabei schwer verletzt. Trotz Schutzmassnahmen, die von der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) veranlasst wurden, scheint dies ein weiterer Fall zu sein, der in Guatemala in der Straflosigkeit versinkt.

Manch andere Ermittlung können allerdings sehr schnell gehen: gegen Ende 2008 wurde im historischen Zentrum von Guatemala Stadt eine transsexuelle Person fast zu Tode zerstückelt. Daraufhin wurde ein Haftbefehl wegen versuchten Mordes gegen Jorge López erlassen. OASIS führt diese Anschuldigung darauf zurück, dass López in diesem Zeitraum die Polizei und die Staatsanwaltschaft wegen illegaler Verhaftung und Bedrohung von SexarbeiterInnen angezeigt hatte. Unerwartet schnell für guatemalteckische Verhältnisse kam es am 23. Januar 2009 zu einer Gerichtsverhandlung. Die Anschuldigung des versuchten Mordes wurde zurückgezogen, aber Jorge López blieb weiterhin in den Fall verwickelt: Ihm wurde ein sechsmonatiger Hausarrest erteilt und er wurde der Verschleierung des Verbrechens angeklagt. Dies bedeutet im Fall einer Verurteilung zwei Monate bis drei Jahre Haft. Zur Zeit wartet López auf die zweite Audienz, die 1. September stattfinden sollte, aber verschoben wurde.

Laut Jorge López ist dies ein klarer Fall von Kriminalisierung der Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen, eine in letzter Zeit sehr häufig genutzte Taktik. So lag z.B. ein Haftbefehl vor, der aber nie vollzogen wurde, obwohl Jorge 24 Stunden am Tag im Büro von OASIS zu finden war – beschäftigt mit der Ausarbeitung seiner Verteidigung, gestresst und schlaflos und dementsprechend von seiner Arbeit abgehalten. Ebenso war es ihm nicht möglich, am gesamten zweiten Teil der pbi-Informationstour zum Thema Straflosigkeit teilzunehmen – ein wichtiger Teil seiner Menschenrechtsarbeit – da er aufgrund des Prozesses Schwierigkeiten bei der Visaerteilung für die USA hatte. Seitdem lastet der Prozess auf ihm und hindert ihn auch weiterhin daran, sich vollständig seiner Arbeit zu widmen.

## **Hunger: eine ungelöste Krise**

**Guatemala, 4. Sept.** Neben der weltweiten Finanzkrise, der Schweinegrippe H1N1 und dem Denguefieber, von politischen Problemen ganz zu schweigen, trifft nun Guatemala eine Nahrungsmittelknappheit, an der vorwiegend die Landbevölkerung leidet. Hervorgerufen wurde sie durch das Ausbleiben von Niederschlägen während der Regenzeit, was die ohnehin prekären Bedingungen in dem sogenannten trockenem Korridor (die

Departements Jalapa, Jutiapa, Chiquimula, Zacapa, El Progreso, Izabal und Baja Verapaz) noch verstärkt. Die Ernteverluste bis dato auf über 40 Millionen Quetzales geschätzt, gleichzeitig sind die Preise für Mais auf bis zu 160 Quetzales pro Zentner angestiegen, ein Höchststand seit Mai 2007.

Laut *Inforpress Centroamérica* leben 80% der Bevölkerung in Armut und 49% der Kinder sind unternährt, also mehr als in Haiti oder Bolivien. Eine Studie vom August 2008 gibt an, dass 45,6% der Kinder nicht so gross sind, wie es ihrem Alter entspricht oder chronisch unterernährt sind, wobei mehr Kinder auf dem Land als in der Stadt betroffen sind, und vor allem diejenigen, deren Muttersprache nicht Spanisch ist. In Jalapa starben mittlerweile schon zwei Kinder an Unterernährung.

Es wurde auch die fehlende Unterstützung von Seiten der Kirchen und Firmen, der internationalen Kooperation und der Regierung kritisiert. Am 19. August rief der Menschenrechtsprokurator Sergio Morales beim Verfassungsgericht die Autoritäten dazu auf, sich der Krise anzunehmen. Sein Anliegen wurde vom Zivilgericht gewährt. Auf Initiative und unter Koordination der PDH haben sich auch mehrere soziale Organisationen, Kirchen und die Universität San Carlos zur Anti-Hunger-Front (Frente contra el Hambre) zusammengetan - um den Hunger zu bekämpfen, Notfallzentren einzurichten und mit der Regierung weitere Aktionen zu planen. Die Regierung ist sich der Situation wohl bewusst. Im Juni diesen Jahres überprüfte das Sekretariat für Lebensmittel- und Ernährungssicherheit (SESAN) die Lebensmittelsicherheit und kam zum selben Schluss. Der Vorsitzende, Juan Aguilar, der inzwischen seinen Posten – aus gesundheitlichen Gründen – aufgegeben hat, gab zu, dass die Regierung unfähig war, diese Krise vorzubeugen. Sie sei auf klimatische Veränderungen zurück zu führen, aber auch darauf, dass die Maisreserven der meisten Familien zwischen Juni und August zu Ende gehen, d.h. nicht nur die Trockenheit, sondern auch strukturelle Probleme Schuld daran seien. Man könnte sich fragen, ob damit der Massenanbau von Afrikanischer Palme und Industriemais zur Herstellung von Agrodiesel gemeint ist, oder die ungerechte Landaufteilung, die dazu führt, dass GrossgrundbesitzerInnen weite Flächen brach liegen lassen. Laut Präsident Álvaro Colom ist dies ein Problem, das sich über die Jahre verschlimmert hat und nicht während nur einer Regierungszeit gelöst werden kann. Eine punktuelle Lösung sei das Programm „Mi Familia Progresa“ der Frau des Präsidenten, Sandra Torres de Colom, welches sehr medienrätig ist, sonst aber von BäuerInnen kritisiert wird, da es zu Divisionen in den Gemeinden führt – die Verteilung wird oft über Parteien getätigt und teilweise gegen Wählerstimmen „verkauft“, um z.B. Volksabstimmungen über Megaprojekte zu beeinflussen – und die gezahlten Beträge seien nicht ausreichend.

Die Regierung reagierte auf diese Krise mit mehreren Massnahmen. So wurde am 24. August ein Gefahren- und Lebensmittelnotfallplan verabschiedet, der versucht, weiterhin Mais und Bohnen zu importieren. Dies ist allerdings keine sehr effektive Methode, da die Preise dieser Produkte allgemein gestiegen sind. Der Plan spricht ausserdem dem Landwirtschaftsministerium (MAGA) 60 Millionen Quetzales zum Kauf von Saatgut zu. Weiter wurden am zusätzliche 140 Millionen Quetzales und 56'000 Solidaritäts-Lebensmittel-Beutel versprochen. Am 1. September begann ein Dialog mit der internationalen Gemeinde um zu sehen, ob Notfallunterstützung von dieser Seite aus möglich ist. Eine Umfrage soll ergeben, wo genau die am meisten betroffenen Menschen leben und wie viele es sind.

Von internationaler Seite übergab das Welternährungsprogramm der Regierung 200 Tonnen Mais, Bohnen und Mehl. Allerdings erklärten die Vereinten Nationen, dass aufgrund der Weltwirtschaftskrise das Programm Vitacereal, welches 150'000 Personen mit chronischer Unterernährung in 14 Departements mit Nahrungsmitteln beliefert, ab Oktober suspendiert wird. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN wird ihrerseits 5000 Familien unterstützen, indem sie Lehrprogramme zum Umgang mit Bodenfeuchtigkeit durchführt und trockenheitsresistente Samen überreicht. Wenn diese Familien damit Ernteerfolge erzielen, sollen sie die Samen dieser Pflanzen an andere BäuerInnen weitergeben und somit einen Multiplikationseffekt erzielen. Dieses Programm ist auf 4 Jahre festgesetzt und wird voraussichtlich 18 Millionen Dollar kosten. Am 3. September stattete der UN-Berichtersteller über das Recht auf Ernährung, Olivier De Schutter, Guatemala einen offiziellen Besuch ab.

Trotz allem lies das Gesundheitsministerium verlauten, dass es in Guatemala keine Hungersnot gebe und auch keine schlimme Unterernährung, da laut einer Studie an 13'000 Minderjährigen nur 0,89% unterernährt seien und nicht die 10%, die von der WHO als Kriterium für Hungersnot angegeben werden. Nicht die Hungersnot sei das Problem, sondern die Trockenheit und Lebensmittelunsicherheit. Letztere kam zustande, weil die Familien kein Geld haben um Lebensmittel zu kaufen, und nicht, weil keine Lebensmittel verfügbar wären. Demnach würde auch kein Notstand ausgerufen werden, welchen die Kooperationsländer aber benötigen, um Guatemala Hilfe zukommen lassen zu können.

Dennoch alarmierten verschiedene Organisationen die Öffentlichkeit. Die bisher eingeleiteten Massnahmen seien unzureichend, um sich der Lebensmittelkrise zu stellen, nicht nur im trockenen Korridor, sondern im gesamten Gebiet, in dem bis Ende des Jahres 2 Millionen Guatemalteken betroffen sein könnten. Die Kosten würden sich eher auf 500 Millionen Quetzales belaufen und es wäre notwendig, den BäuerInnen den Zugang zum Landbesitz zu ermöglichen, d.h. eine Agrarreform durchzuführen. ProRural und andere Programme des Rat des sozialen Zusammenhalts müssten reorganisiert werden. Am 2. September räumte die SESAN ein, dass wohl etwa 400 Millionen Quetzales nötig wären, um sich der Ernährungskrise zu stellen, jedoch nur 140 Millionen dafür aufgewendet werden könnten, die 300'000 Familien des trockenen Korridors zu Gute kämen.

## „Friedensmarsch“ für die Goldmine

Seit die Goldcorp und ihr Tochterunternehmen Montana Exploradora in der Gemeinde San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, im Jahr 2004 ihre Tätigkeiten aufgenommen haben, haben die Konflikte in der Region zugenommen und gehen weiter.

Am 12. Juni 2009 scheiterte ein Treffen im Dorf Sacmuj zwischen VertreterInnen von Montana und Gemeindemitgliedern. Dabei wäre es um den von Montana bereits schriftlich versprochenen Abzug von Maschinen gegangen, die auf einem Gelände stehen, das sich in der Nähe von Wasserquellen der Gemeinde befindet. Die BewohnerInnen fürchten eine mögliche Verschmutzung ihrer Quellen bzw. ein gänzlichliches Austrocknen derselben, wie das bereits an anderen Orten, wo Montana aktiv ist, geschah.

Montana hat die staatliche Erlaubnis, in besagter Region Gold abzubauen, obwohl sich mehr als die Hälfte der 59 Dörfer der Gemeinde San Miguel Ixtahuacán per Volksbefragung dagegen ausgesprochen haben. Das Verfassungsgericht hat im Jahr 2007 diese Befragungen als legal, aber nicht als verbindlich erklärt, womit die ILO-Konvention 169 über die Rechte der indigenen Völker verletzt wird.

Bereits am 10. Juni hätte es eine Aussprache zwischen der Geschäftsleitung von Mine und der Bevölkerung geben sollen, um das Thema des Maschinenabzugs zu regeln. Doch die Geschäftsleitung fühlte sich „bedroht“, verweigerte sich dem Dialog und rief die Polizei, welche, verstärkt durch private Sicherheitskräfte und vier Wagenladungen voller Militärs, anrückte, um die versammelte Bevölkerung zu vertreiben. Tags darauf gelang ein Gespräch zwischen den beiden Parteien, bei dem das Minenunternehmen den Abzug der Maschinen versprach. Als am 12. Juni zum vereinbarten Zeitpunkt rund 200 Personen zusammenkamen, um den Abzug der Maschinen zu überwachen, und nichts geschah, zündeten sie diese nach Stunden des Wartens kurzerhand an. Als Reaktion darauf klagte Montana sieben Personen an, die sie als AnführerInnen des Brandes bezeichneten. Gegen eine Frau wurde ein Haftbefehl ausgestellt, sie ist jedoch flüchtig.

Verschiedene europäische Menschenrechtsgruppen beobachten mit „äusserster Besorgnis die Verfolgung von Menschen, die sich gegen Megaprojekte wehren, gegen soziale Führungspersonen, Nichtregierungsorganisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen als Versuch, den sozialen Protest zu kriminalisieren“. Die guatemaltekische Menschenrechtsorganisation *Udefegua* hält in einem kürzlich veröffentlichten Bericht fest, dass es aktuell Haftbefehle gegen 388 Bauern und Bäuerinnen gibt, die sich in irgendeiner Weise für die Landfrage eingesetzt haben.

Einige Tage nach dem Zwischenfall in Sacmuj fand im Gemeindehauptort San Miguel

Ixtahuacán eine Demonstration unter dem Titel „Friedensmarsch“ mit ca. 1400 Personen statt. In erster Linie waren es ArbeiterInnen der Minen, ihre Familien und FreundInnen. Sie trugen weisse Hemden, Blumen, Kerzen und Transparente, auf denen sie die AnführerInnen der Opposition gegen die Mine, inklusive den seit 24 Jahren in der Gemeinde tätigen belgischen Pfarrer der Gemeinde, beschuldigten, Hass und Gewalt zu verbreiten.

**¡Fijáte!**

**[www.guatemala.de/Fijate](http://www.guatemala.de/Fijate)**

**Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Barbara Müller – [barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

**Erscheint vierzehntäglich**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht**

**Herausgegeben von**

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

**Abos:**

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

[barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

[fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

E-Mail-Abo: Euro 50.-